

Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

Schäfer & Partner mbB Rechtsanwälte

Haagstraße 8 - 10, 61169 Friedberg/Hessen
Telefon: 06031/12032 u. 73253 – Telefax: 06031/62187

E-Mail: info@raschaefer-partner.de
www.RaSchaefer-Partner.de

Ausgabe: private Mandanten

- alle Angaben ohne Gewähr -

Dez. 2018/Jan. 2019

Verkehrsrecht

Kollision zwischen links abbiegendem E-Bike und überholendem Motorrad

Leitet der Fahrer eines E-Bikes einen Abbiegevorgang nach links ein, ohne auf den nachfolgenden Verkehr zu achten und kommt es dabei zu einer Kollision mit einem deutlich schnelleren Motorrad, dessen Fahrer bereits zum Überholen angesetzt hat, so haftet der E-Bike-Fahrer alleine für den entstandenen Schaden. Wegen dessen groben Fehlverhaltens schied für das Landgericht Düsseldorf auch eine Mithaftung des Halters des Motorrads unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der Betriebsgefahr aus.

Urteil des LG Düsseldorf vom 01.06.2018
13 O 138/15
jurisPR-VerkR 23/2018 Anm. 2

Neuwagenkauf: Anspruch auf Neulieferung wegen defekter Kupplungsüberhitzungsanzeige

Der Käufer eines neuen BMW X3 hat einen Anspruch auf Ersatzlieferung eines mangelfreien Fahrzeugs, wenn von Anfang an im Textdisplay mehrfach eine Warnmeldung erscheint, die den Fahrer auffordert, das Fahrzeug vorsichtig anzuhalten, um die Kupplung (bis zu 45 Minuten) abkühlen zu lassen, obwohl tatsächlich keine Überhitzung der Kupplung vorliegt. An dieser Beurteilung als erheblicher Sachmangel änderte es im konkreten Fall nichts, dass der Verkäufer (hier zugleich Hersteller) dem Käufer mehrmals mitgeteilt hat, die Kupplung sei technisch einwandfrei und könne auch im Fahrbetrieb abkühlen. Es sei daher nicht notwendig, die irreführende Warnmeldung zu beachten.

Dem Anspruch auf Lieferung eines mangelfreien Fahrzeugs (§ 439 Abs. 1 Alt. 2 BGB) stand auch nicht entgegen, dass der Käufer zunächst die Beseitigung des Mangels (§ 439 Abs. 1 Alt. 1 BGB) verlangt hatte. Denn

die Ausübung des Nacherfüllungsanspruchs ist gesetzlich (anders als die Ausübung des Rücktritts- oder Minderungsrechts) nicht als bindend anzusehen, sodass der Käufer nicht daran gehindert ist, von der zunächst gewählten Art der Nacherfüllung wieder Abstand zu nehmen.

Urteil des BGH vom 24.10.2018
VIII ZR 66/17 - JURIS online

Unzureichender Hinweis bei Nutzung einer Waschanlage durch Automatikfahrzeuge

Unterlässt der Betreiber einer automatischen Waschanlage den Hinweis darauf, dass bei modernen automatikgetriebenen Fahrzeugen für eine sichere Benutzung der Anlage das Einschalten der Zündung während des Durchlaufens der Waschstraße erforderlich ist, haftet er für den Schaden, der an einem Pkw mit ausgeschalteter Zündung entstanden ist.

In dem vom Amtsgericht München entschiedenen Fall wurde ein automatikgetriebener BMW X3 mit ausgeschalteter Zündung zweimal aus der Schleppkette herausgehoben und rollte dadurch so nach rechts aus dieser heraus, dass er jeweils schräg in der Waschstraße stand. Dem Fahrer, der nach Eingreifen der Parksperre in dem Moment, als das Fahrzeug mit dem linken Vorderrad auf die Schlepprolle getragen wurde, die Zündung wieder eingeschaltet hatte, konnte kein Bedienungsfehler angelastet werden, sodass ihn keine Mithaftung für den Fahrzeugschaden von über 2.000 Euro traf.

Urteil des AG München vom 06.09.2018
213 C 9522/16
Wirtschaftswoche Heft 39/2018, Seite 86

Familien- und Erbrecht

Kein Unterhaltsvorschuss bei mangelnder Mitwirkung an Bestimmung des Kindesvaters

Ein Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz scheidet aus, wenn die Kindesmutter nicht das ihr Mögliche und Zumutbare unternimmt, um die Person des Kindesvaters bestimmen zu können. Zur Mitwirkung gehören vor allem Angaben zur Bestimmung der Person des Kindesvaters. Diese sind erforderlich, damit der Kostenträger Unterhaltsansprüche gegen den Vater nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auf sich überleiten und so Erstattung der vorgeleisteten Gelder von ihm verlangen kann. Bloße vage Angaben zu dem Erzeuger des Kindes ("flüchtige Bekanntschaft in einer Gaststätte in betrunkenem Zustand") reichen für das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz nicht aus, wenn die Mutter nach Feststellung der Schwangerschaft (zwei Wochen nach dem Geschlechtsverkehr) jegliche Nachforschungen zu dem Kindesvater unterlassen hat.

Urteil des OVG Rheinland-Pfalz vom 24.09.2018
7 A 10300/18.OVG
Pressemitteilung des OVG Rheinland-Pfalz

Unwirksamkeit eines Ehegattentestaments durch Zustimmung zu Scheidungsantrag

Nach §§ 2268, 2077 BGB ist ein von Eheleuten errichtetes gemeinschaftliches Testament unwirksam, wenn die Ehe geschieden wird oder die Voraussetzungen für eine Scheidung vorliegen und der Erblasser die Scheidung beantragt oder einem Scheidungsantrag bereits zugestimmt hat.

Dem Erlöschen des Ehegattenerbrechts nach diesen Vorschriften steht es nach Auffassung des Oberlandesgerichts Oldenburg nicht entgegen, wenn sich die Eheleute im Rahmen des Scheidungsverfahrens darauf einigen, dieses auszusetzen und im Rahmen eines Mediationsverfahrens noch einmal zu prüfen, ob sie die

Ehe "eventuell" nicht doch fortführen wollen. Hieraus konnte jedoch nicht geschlossen werden, dass die Ehe Bestand haben sollte, zumal die Eheleute hier schon mehr als drei Jahre getrennt gelebt hatten. In einem solchen Fall wird vom Gesetz vermutet, dass die Ehe gescheitert ist (§ 1566 BGB). Da der Ehemann noch vor Beginn der Mediation starb, ging die Witwe bei der Erbschaft leer aus.

Beschluss des OLG Oldenburg vom 26.09.2018
3 W 71/18
Pressemitteilung des OLG Oldenburg

Anforderungen an Abänderung einer Sorge- und Umgangsrechtsentscheidung

Hat das Familiengericht im Rahmen des Scheidungsverfahrens der Mutter das alleinige Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder übertragen und dem Vater ein - hier großzügiges - Umgangsrecht eingeräumt, kann diese Entscheidung nur aus triftigen Gründen des Kindeswohls abgeändert werden.

Alleine die Äußerung der Kinder, künftig - im Sinne eines paritätischen Wechselmodells - auch beim Vater leben zu wollen, hält das Oberlandesgericht Frankfurt hierfür nicht ausreichend. Dies gilt erst recht, wenn der in ihrer Anhörung geäußerte Wille der Kinder anscheinend nicht autonom gebildet, sondern vom Vater und von den Vorzügen des Wohnens beim Vater (Haus, Garten, Spielmöglichkeiten, Haustier) massiv beeinflusst worden ist. Das Gericht wies den Antrag des Vaters auf Abänderung der Sorge- und Umgangsrechtsentscheidung ab.

Urteil des OLG Frankfurt vom 16.10.2018
1 UF 74/18 - JURIS online

Reiserecht

Versehentliche Flugstornierung wegen fehlerhafter Informationen

Ein Reiseveranstalter darf sich nicht auf ungeprüfte Informationen Dritter zum Reiseverlauf verlassen. Storniert er die Rückflugtickets zweier Urlauber, weil er von der Fluggesellschaft und dem Hotel die falsche Information erhielt, die Urlauber hätten die Reise nicht angetreten, und waren diese daraufhin gezwungen, sich selbst Rückflugtickets zu besorgen, muss ihnen der Reiseveranstalter den dadurch entstandenen Schaden erstatten. Er hat für die fehlerhaften Informationen der Fluggesellschaft und des Hotels einzustehen.

Urteil des AG Leipzig vom 19.09.2018
109 C 1597/18 - Pressemitteilung des AG Leipzig

Mithaftung der Fluggesellschaft wegen fehlenden Visums des Fluggastes

Ein Flugreisender ist gegenüber der Fluggesellschaft grundsätzlich zum Ersatz eines Schadens verpflichtet,

der dieser dadurch entstanden ist, dass er den gebuchten Flug angetreten hat, ohne über das für die Einreise (hier nach Indien) erforderliche Visum zu verfügen. Den Fluggast trifft insoweit die allgemeine vertragliche Nebenpflicht, sich vor Antritt des Fluges die erforderlichen Einreisedokumente zu beschaffen und mitzuführen.

Die Fluggesellschaft kann allerdings ein Mitverschulden treffen, das ihren Ersatzanspruch mindert oder ausschließt, wenn der Schaden in einer dem Luftverkehrsunternehmen wegen der fehlenden Einreisedokumente des Fluggastes auferlegten Geldbuße besteht und das Airline-Personal vor dem Abflug keine geeignete Dokumentenkontrolle durchgeführt hat. Wie hoch der Verschuldensanteil zu bemessen ist, hat im hier vorliegenden Fall nunmehr die Vorinstanz zu klären.

Urteil des BGH vom 15.05.2018
X ZR 79/17
NJW 2018, 2954

Anforderungen an Mindestschallschutz bei "Stadtwohnung der Spitzenklasse"

Preist ein Bauträger in seinem Verkaufsprospekt eine Eigentumswohnung als "Stadtwohnung der Spitzenklasse" an, so kann der Käufer erwarten, dass die Wohnung über einen über den Mindestschallschutz hinausgehenden Schallschutz verfügt. Der Bauträger schuldet daher auch bei einer entgegenstehenden vertraglichen Vereinbarung mindestens einen erhöhten Schallschutz.

Urteil des OLG München vom 24.04.2018
28 U 3042/17 Bau
IBR 2018, 565

Vermieter kann Untermietzuschlag verlangen

Wird ein Vermieter durch die Gebrauchsüberlassung eines Teils der Mieträume an einen Untermieter in unzumutbarer Weise vermehrt belastet, so kann er die Zustimmung zur Untervermietung wegen Unzumutbarkeit verweigern. Er kann seine Zustimmung jedoch auch von einem Zuschlag in Form einer Beteiligung an den Einnahmen des Hauptmieters durch die Untervermietung abhängig machen. Das Landgericht Berlin hält einen Zuschlag von 20 bis 25 Prozent des vereinbarten Untermietzinses für angemessen. Der Vermieter hat dann allerdings substantiiert darzulegen, dass er durch die Gebrauchsüberlassung eines Teils der Mieträume an eine dritte Person vermehrt belastet wird.

Urteil des LG Berlin vom 12.01.2018
65 S 427/16
MM 2018, Nr. 5, 27

Keine Befreiung von Wohngeldzahlungen wegen Unbenutzbarkeit der Eigentumswohnung

Nach einem Urteil des Landgerichts Berlin ist ein Wohnungseigentümer nicht von seiner Pflicht zur Zahlung des Hausgeldes gemäß § 16 Abs. 2 WEG befreit, weil die Eigentumswohnung unbenutzbar ist.

Das Risiko der Benutzbarkeit oder Vermietbarkeit der Wohnung hat allein der Wohnungseigentümer zu tragen. Er bleibt daher auch bei einer vorübergehenden Unbenutzbarkeit der Wohnung in vollem Umfang zu Beitragszahlungen verpflichtet. Ihm steht insoweit kein Minderungsrecht zu.

Urteil des LG Berlin vom 15.06.2018
55 S 81/17 - Grundeigentum 2018, 1293

Wasserschaden zerstört Tapete

Werden vom Mieter in der Wohnung angebrachte Tapeten durch einen Wasserschaden beschädigt, kann er keinen Ersatzanspruch gegen den Mietnachbar verlangen, der den Schaden verursacht hat. Dies hat seinen rechtlichen Grund darin, dass die Tapeten mit dem Anbringen gem. § 94 Abs. 2 BGB wesentlicher Bestandteil des Gebäudes und damit Eigentum des Vermieters geworden sind. Der Mieter kann folglich nur vom Vermieter die Behebung der Schäden verlangen. Es ist dann Sache des Vermieters, ob er den Schadensverursacher in Regress nimmt.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 07.09.2018
10 U 8/18 - NZM 2018, 901

Entlassung eines rechtsgesinnten Beamten

Ein Beamter auf Probe, der unter anderem an NPD-nahen Demonstrationen teilgenommen sowie Beiträge von Personen aus dem rechtsextremen Spektrum im sozialen Netzwerk Facebook "geliked" und entsprechende "Likes" von solchen Personen erhalten hat, kann wegen Zweifeln an seiner Bereitschaft, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, aus dem Staatsdienst entlassen werden. Dies hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof entschieden.

Urteil des Hessischen VGH vom 22.10.2018
1 B 1594/18
Pressemitteilung des Hessischen VGH

Tätowierung eines Polizeibeamten im sichtbaren Bereich unzulässig

Polizeivollzugsbeamten kann nach einer Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs untersagt werden, sich am Unterarm tätowieren zu lassen. Erforderlich für eine derartige Maßnahme ist jedoch eine entsprechende landesrechtliche Ermächtigung, wie sie die im Mai 2018 durch den bayerischen Landtag eingeführte Regelung in Art. 75 Abs. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) enthält.

Im Rahmen dieser Neuregelung hatte der bayerische Gesetzgeber festgestellt, dass sich die allgemeine ge-

sellschaftliche Anschauung zu Tätowierungen im Allgemeinen und besonders bei Trägern hoheitlicher Gewalt in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich geändert hat und daher für eine Änderung der bestehenden Vorgaben zu Tätowierungen im sichtbaren Bereich von Polizeibeamten kein Anlass besteht.

Urteil des BayVG vom 14.11.2018
3 BV 16.2072 - Justiz Bayern online

Kein Versicherungsschutz bei Tankunfall

Erleidet ein Arbeitnehmer auf dem Weg zur Arbeit oder auf dem Nachhauseweg einen Unfall, besteht eine Absicherung über die gesetzliche Unfallversicherung. Allerdings kann jede privat motivierte Verrichtung den Versicherungsschutz sofort beenden.

Unterbricht ein Arbeitnehmer auf der Fahrt von seiner Arbeitsstelle zu seiner Wohnung seine Heimfahrt, indem er zum Tanken seines Fahrzeugs eine Tankstelle anfährt und wird er dort bei einem Unfall verletzt, so ist er bei diesem Ereignis keiner versicherten Tätigkeit nachgegangen, die dem Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung unterliegt.

Urteil des SG Stuttgart vom 20.07.2018
S 1 U 2825/16 - Pressemitteilung des SG Stuttgart

Versicherungsrecht

Kaskoversicherung: Kausalitätsgegenbeweis bei unerlaubtem Entfernen vom Unfallort

Nach den Vertragsbedingungen für Kfz-Kaskoversicherungen (AKB) hat der Versicherungsnehmer nach Eintritt des Versicherungsfalles alles zu tun, was zur Aufklärung des Tatbestands und zur Minderung des Schadens dienlich sein kann. Die Aufklärungsobliegenheit kann auch dadurch verletzt werden, dass der Versicherungsnehmer die Unfallstelle verlässt und dadurch den objektiven und subjektiven Tatbestand des § 142 StGB (Fahrerflucht) erfüllt.

Der Versicherte kann einer Versagung seiner Ansprüche aus der Kaskoversicherung dadurch entgegentreten, indem er beweist, dass auch bei Erfüllung der Wartepflicht keine Feststellungen zur Person oder zum Unfallhergang hätten getroffen werden können, die eine Leistungsfreiheit des Versicherers begründen würden. Laut Oberlandesgericht Frankfurt scheidet dieser Kausalitätsgegenbeweis jedoch von vornherein aus, wenn durch das Entfernen vom Unfallort eine nach den Umständen angezeigte Überprüfung der Fahrtüchtigkeit des Versicherungsnehmers nicht mehr erfolgen kann.

Urteil des LG Kleve vom 17.05.2018
6 O 65/16 - jurisPR-VerkR 22/2018 Anm. 4

Haftungsverteilung bei Zusammenstoß auf Parkplatz

Das Amtsgericht Ansbach hatte sich mit einem Verkehrsunfall zwischen zwei Pkws zu befassen, deren Fahrer sich auf der vergeblichen Suche nach einem Parkplatz befanden. Ein Pkw stand dabei mit ausgeschaltetem Motor am rechten Fahrbahnrand. Als der Fahrer aussteigen wollte und hierzu die Tür öffnete, fuhr der Fahrer des anderen Wagens vorbei und streifte dabei die geöffnete Fahrertür, wodurch ein Schaden von über 3.000 Euro entstand.

Das Gericht kam zu dem Ergebnis, dass beide Autofahrer jeweils zu 50 Prozent für den Schaden verantwortlich waren. Der Unfall war für den die Tür öffnenden Fahrer nicht unvermeidbar, da er sich vor dem Öffnen durch einen Schulterblick über den rückwärtigen Verkehr hätte vergewissern müssen. Der vorbeifahrende Autofahrer hingegen war mit einem zu geringen Seitenabstand von höchstens 35 bis 40 cm an dem parkenden Fahrzeug vorbeigefahren. Beide Verstöße gewichtete das Gericht in seiner Urteilsbegründung gleich schwer.

Urteil des AG Ansbach vom 16.02.2018
4 C 707/17
Justiz Bayern online

Verbraucherrecht

Zu lange Kündigungsfrist in Krippenvertrag

Das Amtsgericht München hat die in einem Krippenvertrag vorformulierte Kündigungsfrist von sechs Monaten als zu lang angesehen und wegen unangemessener Benachteiligung des Vertragspartners für unwirksam erklärt. Somit gilt die dreimonatige Kündigungsfrist nach der allgemeinen Vorschrift für die Kündigung von Dienstverträgen (§ 621 Nr. 3 BGB).

Urteil des AG München vom 24.11.2018
242 C 12495/18 - Justiz Bayern online

Kauf von Konzertkarten im Internet ("Super Sicht")

Bestellt ein Verbraucher bei einer Internetagentur Karten für ein Konzert, kommt ein wirksamer Vertrag erst mit dem Bestätigungsschreiben der Konzertagentur zu-

stande. Ist darin der Vermerk "Super Sicht" enthalten, handelt es sich rechtlich um eine Beschaffenheitsvereinbarung.

Plätze, die sich im 90-Grad-Winkel zur Bühne befinden, haben nach Auffassung des Amtsgerichts Dortmund zumindest keine "Super Sicht", unabhängig davon, ob die Sicht konkret beschränkt ist. Der Besteller der Karten ist demzufolge berechtigt, diese gegen Erstattung des bereits bezahlten Kaufpreises zurückzugeben. Dabei ist auch auf den Kaufvertrag über Konzertkarten mit einem holländischen Tickethändler deutsches Recht anwendbar.

Urteil des AG Dortmund vom 19.07.2018
425 C 970/18
NJW-RR 2018, 1208

Medizinrecht

Anspruch eines Epileptikers auf Versorgung mit Zahnimplantaten

Einem bei einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten, der an Epilepsie erkrankt ist und bei dem es durch einen epileptischen Anfall zum Bruch der Zahnprothese gekommen ist, kann nach einem Urteil des Landessozialgerichts Stuttgart ein Anspruch auf Versorgung mit Zahnimplantaten zustehen.

Urteil des LSG Stuttgart vom 17.04.2018
L 11 KR 3227/17 - jurisPR-MedizinR 5/2018 Anm. 3

Schmerzensgeldanspruch bei fehlerhafter Hüftprothese

Der Hersteller einer Hüfttotalendoprothese, die zu erhöhtem und gesundheitlich bedenklichem Metallabrieb in der Konussteckverbindung führt und dadurch Entzündungen bei dem betroffenen Patienten auslöst, muss diesem 25.000 Euro Schmerzensgeld bezahlen.

Urteil des LG Freiburg (Breisgau) vom 15.10.2018
1 O 240/10
Seniorenrecht aktuell 2018, 182